

27.09.2022

## Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

### **NRW-Kommunen schlagen Alarm: Kapazitätsgrenze der Aufnahme Asylsuchender ist erreicht**

zu dem Antrag „**Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine – das Land muss endlich handeln, um eine Überlastung der Kommunen zu verhindern**“

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/978

#### **I. Ausgangslage**

Nachdem die zuständige Ministerin für Flucht und Integration, Josefine Paul (Bündnis 90/Die Grünen), auf Nachfrage der Abgeordneten Kapteinat (SPD) – noch am 21. September 2022 im Integrationsausschuss – nicht von einer flächendeckenden Überlastung der Kommunen sprach, meldeten sich am Folgetag die Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises. Der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach, Frank Stein (SPD), sagte: „Alle Kommunen im Kreis haben seit Beginn der Kriegsereignisse die ihnen zur Verfügung stehenden räumlichen Ressourcen erschlossen und für eine Unterbringung der Kriegsflüchtlinge genutzt; jetzt sind die Kapazitätsgrenzen in den Unterkünften und bei den Mitarbeitern entweder bereits erreicht oder werden in absehbarer Zeit erschöpft sein.“ Die Bürgermeister fordern den Ministerpräsidenten in ihrem gemeinsamen Brandbrief auf, in einen Dialog zu treten: „Bitte nehmen Sie zur Kenntnis und verstehen Sie, dass wir uns bereits seit längerem in einer krisenhaften Situation befinden, die wir unter den gegebenen und in Aussicht gestellten Rahmenbedingungen nicht mehr bewältigen können.“<sup>1</sup>

Bereits im August meldete sich Gelsenkirchens Oberbürgermeisterin, Karin Welge (SPD), zu Wort. Laut Welge erfüllt Gelsenkirchen die FlüAG-Quote zu 90 Prozent und könnte somit weitere Flüchtlinge zugewiesen bekommen, um die 100 Prozent zu erreichen. „Das macht den Anschein, als würden bei uns zu wenig Menschen aus dem Fluchtgeschehen versorgt“, sagte die OB gegenüber der WAZ. Jedoch werde dabei nicht berücksichtigt, „wer alles wirklich in der Stadt lebt“. Berücksichtigt werden müsse etwa auch der Zuzug aufgrund von Arbeitsaufnahme oder der Familiennachzug. Miteinbezogen wird das in einer anderen Quote, der Erfüllungsquote der Wohnsitzauflage – und diese erfüllt Gelsenkirchen zu 238,5 Prozent.

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://www.bergischgladbach.de/news/43573/kommunen-des-rheinisch-bergischen-kreises-schlagen-alarm-kapazitaetsgrenzen-in-der-aufnahme-gefluechteter-erreicht--offener-brief-an-ministerpraesident-wuest>

„Das heißt: Es leben bei uns bereits doppelt so viele Menschen, wie hier nach den entsprechenden Verpflichtungen zur Aufnahme hier leben müssten“, stellt Welge klar. Und was noch oben draufkommt: Dabei sind die 11.000 Menschen aus Südosteuropa, die es in Gelsenkirchen ebenfalls zu integrieren gilt, bei der Quote noch nicht mal berücksichtigt. Auch Welge kritisiert deutlich den momentanen Verteilschlüssel in NRW, der die jeweilige Realität in den Kommunen nicht voll abbildet.<sup>2</sup>

Weitere Hilferufe kommen aus Sachsen. Der Innenminister des Freistaates, Armin Schuster (CDU), richtete einen dramatischen Appell an Innenministerin Nancy Faeser (SPD): „Die Bundesregierung muss jetzt schnellstmöglich mit den Schengen-Partnern über die Sicherheit der Außengrenze sprechen.“ Wegen des hohen Ansturms auf die Grenze müssten zudem „freiwillige Aufnahmeprogramme“ gestoppt werden. „Der Flüchtlingszustrom ist in Kürze kaum noch zu bewältigen“, warnte Schuster.<sup>3</sup> Selbst Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat die Problematik bereits erkannt, ohne aber bisher zielführende Lösungsansätze präsentieren zu können. „Wir sehen verstärkte Migration über Tschechien, über Österreich – auch nach Deutschland“, unterstrich Faeser. Ihr Ministerium beobachte das Problem bereits seit zwei Wochen und suche nun nach Handlungslösungen.<sup>4,5</sup> Als Sofortmaßnahme seien die Grenzkontrollen zu Österreich verlängert worden. An der tschechischen Grenze kontrolliere die Bundespolizei verstärkt im Rahmen der Schleierfahndung. Von Zurückweisungen an der EU-Binnengrenze ist – wie schon seit 2015 – nicht die Rede.<sup>6</sup>

Der erneut ansteigende Migrationsdruck trifft Nordrhein-Westfalen zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Das Land erlebt europaweit einmalige Corona-Einschränkungen und zusätzlich ständig steigende Lebenshaltungskosten und Energieknappheit mit allen bekannten Auswirkungen. Zudem hat Deutschland, in einem einmaligen Kraftakt, im Jahre 2022 bereits eine Million registrierte Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu verzeichnen. Rund 550.000 von ihnen erhalten monatlich die Grundsicherung.

Nun kommt die erneute illegale Sekundärmigration über die „Balkanroute“ hinzu, obwohl viele Städte ihre Kapazitätsgrenzen längst überschritten haben.<sup>7</sup> Bis Ende August wurden laut Bundesamt für Migration rund 115.000 neue Anträge gestellt. Dies war eine Zunahme um 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die meisten Menschen kamen dabei erneut aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Die Menschen kommen wieder verstärkt über das Mittelmeer und die sogenannte „Balkanroute“.<sup>8</sup> Die Kommunen fordern in ihrem Brandbrief ein, endlich „in Dialog“ zu treten. Die Probleme dürften nicht weiterhin „ohne Wenn und Aber ans Ende der Zuweisungsprozesse“ übertragen werden. Statt Befehlen erwartet man sich Unterstützung und nicht länger vom Land in den „begrenzten räumlichen, personellen und finanziellen Möglichkeiten

---

<sup>2</sup> Vgl. [tps:// www. waz. de/ staedte/gelsenkirchen/unsinn-ob-welge-aergert-sich-ueber-fluechtlingsverteilung-id236199557.html](https://www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/unsinn-ob-welge-aergert-sich-ueber-fluechtlingsverteilung-id236199557.html)

<sup>3</sup> Vgl. [htt ps:// www. bild. de/politik/inland/politik-inland/sachsen-warnt-bundesregierung-fluechtlingsinfarkt-an-der-grenze-zu-tschechien-81375256.bild.html](https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/sachsen-warnt-bundesregierung-fluechtlingsinfarkt-an-der-grenze-zu-tschechien-81375256.bild.html)

<sup>4</sup> Vgl. [htt ps:// www. welt. de/politik/deutschland/article241174325/Innenministerin-Faeser-Wir-sehen-verstaerkte-Migration-auch-nach-Deutschland.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article241174325/Innenministerin-Faeser-Wir-sehen-verstaerkte-Migration-auch-nach-Deutschland.html)

<sup>5</sup> Vgl. [t ps:// jungefreiheit. de/politik/deutschland/2022/faeser-warnt-migranten/?fbclid=IwAR3CEB-vYbHdxfhQQHK1aPWBBiayvJxU6B5FUW9abl1nUy4UCm5dW20-7A4](https://www.jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/faeser-warnt-migranten/?fbclid=IwAR3CEB-vYbHdxfhQQHK1aPWBBiayvJxU6B5FUW9abl1nUy4UCm5dW20-7A4)

<sup>6</sup> Vgl. [htt ps:// www. welt. de/politik/deutschland/article241251373/Faeser-besorgt-ueber-wachsende-Fluechtlingszahlen-in-Richtung-Europa.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article241251373/Faeser-besorgt-ueber-wachsende-Fluechtlingszahlen-in-Richtung-Europa.html)

<sup>7</sup> Vgl. [http s:// www .welt. de/politik/ausland/plus241173699/Syrische-Fluechtlinge-In-der-Tuerkei-braut-sich-der-perfekte-Sturm-zusammen.html](https://www.welt.de/politik/ausland/plus241173699/Syrische-Fluechtlinge-In-der-Tuerkei-braut-sich-der-perfekte-Sturm-zusammen.html)

<sup>8</sup> Vgl. [http s:// www .n-tv. de/politik/Tausende-Syrer-reisen-wieder-ueber-Balkan-ein-article23608672.html](https://www.n-tv.de/politik/Tausende-Syrer-reisen-wieder-ueber-Balkan-ein-article23608672.html)

überfordert“ zu werden.<sup>9</sup> Deutliche Warnungen kamen auch aus den Reihen der Polizeigewerkschaft DPoIG. „Die Migrationszahlen schießen durch die Decke“, mahnt Polizeigewerkschaftsvize Ostermann. „Wir haben an der Grenze zur Tschechei 200 Prozent Anstieg und zu Polen 240 Prozent. Wie lange will man denn noch tatenlos zukucken, bis das Kind im wahrsten Sinne des Wortes in den Brunnen gefallen ist?“<sup>10</sup>

Kritisch müssen in diesem Zusammenhang auch die Auswirkungen auf die Kommunalen Ausländerbehörden betrachtet werden. Aus Gelsenkirchen hieß es beispielsweise bereits im April, dass es Monate dauert, bis wichtige Angelegenheiten bearbeitet werden. Seit der Flüchtlingswelle im Jahr 2015/2016 würden die Angestellten der Behörde immer wieder darauf drängen, dass das Personal aufgestockt werde. „Leider haben all unsere Bitten nicht ausreichend Gehör gefunden. Nun stehen wir mitten in der nächsten Flüchtlingswelle und es hat sich kaum etwas geändert oder verbessert“, berichten resignierte Betroffene. Die Rede ist auch von „unbezahlten Überstunden bis spätabends [...] weil der Tisch mit Arbeit einfach niemals leerer wird.“ Schließlich würden die Zustände zu einem hohen Krankenstand und einer spürbaren Fluktuation führen.<sup>11</sup>

## II. Der Landtag stellt fest,

- Die Kommunen in NRW haben seit 2015 große Anstrengungen bei Aufnahme von Asylsuchenden und Schutzberechtigten unternommen.
- Die Aufnahmekapazitäten in den Kommunen sind vielerorts dennoch endlich.
- Die vertretbare Belastungsgrenze für die Mitarbeiter der kommunalen Ausländerbehörden ist seit 2015 deutlich überschritten.
- Die Aufnahme von Flüchtlingen mit Ukraine-Bezug, insbesondere von Frauen und Kindern, ist – im Rahmen der europäischen Solidarität – eine humanitäre Selbstverständlichkeit.
- Die bisherigen Verteilschlüssel berücksichtigen die tatsächlichen Aufnahmekapazitäten der Kommunen – insbesondere den Bestand entsprechenden Wohnraums – nur sehr unzureichend.
- Eine einseitige Betrachtung des Unterbringungsproblems auf Flüchtlinge mit Ukraine-Bezug, unter Ausblendung der illegalen Sekundärmigration, insbesondere über Österreich, Tschechien und Polen sowie der Zuwanderung aus Südosteuropa ist für die Kommunen nicht zielführend.
- Die Dublin-III-Verordnung und die Freizügigkeit innerhalb des Schengenraums schließen sich gegenseitig aus.
- Die fortwährende Duldung der illegalen Einreise über sichere Drittstaaten seit 2015 in Verbindung mit einer eher bescheidenen Abschiebepolitik und immer umfassenderen Bleiberechtsregelungen für eigentlich ausreisepflichtige Personen führen das vormalig grundsätzlich vorbildlich ausgeführte deutsche und europäische Ausländerrecht immer mehr ad Absurdum.
- Die Idee einer gerechten Verteilung Schutzsuchender auf alle EU-Staaten war, ist und bleibt eine Illusion. Das gilt auch für Flüchtlinge mit Ukraine-Bezug.
- Die Lösung des Flüchtlingsproblems im Nahen- und Mittleren Osten sowie auf dem afrikanischen Kontinent kann grundsätzlich nur in den jeweiligen Herkunftsregionen erfolgen.

<sup>9</sup> Vgl. <http://www.unzensuriert.at/content/155772-brandbrief-an-ministerpraesident-wuest-jetzt-stehen-die-buergermeister-auf/>

<sup>10</sup> Vgl. <https://reitschuster.de/post/illlegale-einreisen-auf-rekord-hoch>

<sup>11</sup> Vgl. <http://www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/auslaenderbehoerde-gelsenkirchen-wir-sind-am-limit-id234976107.html>

- Europa ist nicht in der Lage dieses Problem umfassend und nachhaltig auf eigenem Territorium zu lösen und sollte daher zukünftig – im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten – primär einen angemessenen Beitrag zur Hilfe vor Ort leisten.

### **III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

- die bestehenden Verteilschlüssel auf die Kommunen grundsätzlich zu reformieren und in diesem Zusammenhang bei der Berechnung der Zuweisungszahl die jeweilige Situation in den Kommunen besser zu berücksichtigen,
- in diesem Zusammenhang neue Parameter einzuführen, wie z.B. die jeweilige Situation auf dem kommunalen Wohnungsmarkt, die bisher erfolgte Zuwanderung aus Südosteuropa oder auch den regulären Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in den jeweiligen Kommunen durch die einheimische Bevölkerung;
- sich auf Bundesebene für eine grundlegende Kehrtwende in der Migrationspolitik einzusetzen mit dem Ziel insbesondere die innereuropäische Sekundärmigration wirksam zu unterbinden;
- der programmatischen Ankündigung von Rückführungsinitiativen endlich Taten folgen zu lassen, um auf diesem Wege die Anzahl ausreisepflichtiger Personen in NRW spürbar zu reduzieren;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, das zusätzliche, freiwillige Aufnahmeprogramme mindestens temporär ausgesetzt werden;
- sich auf Bundesebene für einen effektiven EU-Außengrenzschutz sowie einen Schutz der deutschen EU-Binnengrenze einzusetzen;
- in diesem Zusammenhang – auf Grund der aktuellen Dysfunktionalität des außer- und innereuropäischen Grenzschutzes – die Ausrufung des Schengennotstands mindestens in Betracht zu ziehen, wenn die konsequente Zurückweisung an den deutschen EU-Binnengrenzen auf anderem Wege nicht möglich erscheint und
- sich auf Bundesebene für eine ausgewogenere Verteilung der Flüchtlinge mit Ukraine-Bezug auf die Länder der EU einzusetzen, um Länder wie Polen, Tschechien aber auch Deutschland spürbar zu entlasten.

Enxhi Seli-Zacharias  
Christian Loose  
Dr. Martin Vincentz  
Andreas Keith